

# ***FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN***

158. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 17. Oktober 2012

## **Antrag 06**

### **Staatliche Stabilisierungskäufe bei Grundnahrungsmitteln**

**Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für staatliche Stabilisierungskäufe und entsprechend großzügiger Bevorratung bei Grundnahrungsmitteln aus, um die Lebensmittelpreise zu stabilisieren.**

Lebensmittel sind ein Spekulationsobjekt geworden. Durch den Handel mit Grundnahrungsmitteln an der Börse, Zielkäufen etc. kommt es immer wieder zu stark erhöhten Preisen für Grundnahrungsmittel. Diese Spekulationsgeschäfte sind für gewissenlose SpekulantInnen zu einer guten Geldquelle geworden, für die Menschen mit geringem Einkommen bedeuten diese künstlich herbeigeführten, auf keinerlei Notwendigkeit beruhenden Preisverzerrungen eine zusätzliche Belastung ihres Budgets, der sie außerdem unmöglich durch eine Veränderung ihres Konsumverhaltens ausweichen können. Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeit einer staatlichen Preiskontrolle sind die Treibstoffpreise, deren Regulation trotz aller Bemühungen und immer neuer Ansätze mehr schlecht als recht funktioniert. Darüber hinaus ist die Position des Einzelhandels in Österreich mit lediglich drei dominanten Ketten außerordentlich stark, sodaß Preissteigerungen in vollem Umfang weiter gegeben werden können.

Noch sind die Preise für Grundnahrungsmittel in Österreich einigermaßen stabil, doch angesichts ausbleibender Regulation der Finanzmärkte ist eine langanhaltende, gravierende Verteuerung keine Frage des „Ob“, sondern lediglich des „Wann“.

Viele der Grundnahrungsmittel wie z.B. Weizen können ohne sehr großen Aufwand über lange Zeit gut gelagert werden. Der Staat sollte daher in Kooperation mit den ProduzentInnen für ausreichend große Vorratslager Sorge tragen, um saisonale Schwankungen des Ernteertrages abfedern zu können und eine Preisgestaltung innerhalb vernünftiger Mindest- und Höchstgrenzen zu ermöglichen.

Österreich und vor allem die EU sollte hier die entsprechenden Schritte setzen um die Spekulation mit Lebensmitteln einzudämmen.